

Staatssekretariat für Bildung, Forschung
und Innovation
Abteilung Diplomanerkennung und Recht
Effingerstrasse 27
3003 Bern

Olten, 5. April 2013

Stellungnahme zur Verordnung über die Meldepflicht und die Nachprüfung der Berufsqualifikationen für Dienstleistungserbringer/innen in reglementierten Berufen (Entwurf)

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung über die Meldepflicht und die Nachprüfung der Berufsqualifikationen für Dienstleistungserbringer/innen in reglementierten Berufen (VMD) bedanken wir uns. Gerne legen wir Ihnen unsere Standpunkte dar.

Als Dachorganisation der Arbeitswelt Soziales legt SAVOIRSOCIAL grossen Wert darauf, dass die Betreuung in sozialen Institutionen eine hohe Qualität aufweist. Dieses Ziel impliziert vor allem gut ausgebildetes Personal. Dieser Aspekt muss auch gewährleistet werden, wenn Personen mit einer ausländischen Berufsqualifikation in der Schweiz arbeiten wollen – gerade in den reglementierten Berufen. Gleichzeitig ist die Schweiz in vielen Branchen auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Eine rasche und effiziente Prüfung der Anträge von interessierten Fachpersonen aus EU-/EFTA-Staaten ist deshalb im Sinne der gesamten Volkswirtschaft. Vor diesem Hintergrund begrüsst SAVOIRSOCIAL den Entwurf der VMD.

Für die Berufe im Sozialbereich ist die Meldepflicht wichtig, da sie eine qualitativ hochstehende Betreuung von schutzbedürftigen Menschen fördert. Die Abklärungen mit dem SBFI (Frédéric Berthoud) haben ergeben, dass die Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) sowie rechtsbindende kantonale Richtlinien im Bereich der Kinderbetreuung¹ als Rechtsgrundlage für die Aufnahme von sozialen Berufen in den Anhang gelten können. Auf dieser Grundlage beantragen wir die Aufnahme von folgenden Berufen in den Anhang der VMD:

- neu: Fachfrau / Fachmann Betreuung EFZ (und gleichwertige Titel gemäss Art. 27 Bildungsverordnung Fachfrau / Fachmann Betreuung)
- neu: dipl. Sozialpädagoge/in HF
- anpassen: dipl. Kindererzieher/in HF (dieser Beruf ist aktuell nicht mit der korrekten Bezeichnung im Anhang aufgeführt, vgl. untenstehende Bemerkung)

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass bei den Berufsbezeichnungen in allen drei Landessprachen die korrekten offiziellen Titel aufgeführt werden müssen.

¹ Als Beispiel: Canton de Vaud ; Département de la formation, de la jeunesse et de la culture ; Service de protection de la jeunesse : Directives pour l'accueil de jour des enfants, Accueil collectif de jour parascolaire : Cadre de référence et référentiels de compétences : http://www.vd.ch/fileadmin/user_upload/themes/sante_social/protection_jeunesse/fichiers_pdf/OAJE_Directives_AJ_Parascolaire_2008.pdf (19.03.13)

Desweiteren haben wir Bemerkungen zu folgenden Punkten in der VMD:

- Im erläuternden Bericht steht auf S. 6, Abschnitt 3.1, dass die Erarbeitung und stete Aktualisierung der Liste mit den reglementierten Berufen in Anhang 1 der VMD in enger Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und dem Bund geschieht. Der Einbezug der Dachorganisationen der Arbeitswelt in dieser Frage ist im Sinne der Verbundpartnerschaft unabdingbar.
- Art. 3 Abs. 1 Bst. b: Es stellt sich uns die Frage, wie der (vorübergehende) Entzug des Rechts auf Ausübung des Berufes im Herkunftsland resp. das Nicht-Vorhanden-Sein eines solchen Entzugs belegt werden soll. Ist gewährleistet, dass diese Bescheinigung in allen EU-/EFTA-Staaten in allen aufgeführten Berufen eingeholt werden kann?
- Zum selben Artikel steht im erläuternden Bericht (S. 9), dass von einer Gültigkeitsdauer von drei Monaten ausgegangen wird. Weshalb ist diese Frist nicht in der VMD erwähnt? Und weshalb kann diese Frist im Bereich der Kinderbetreuung verkürzt werden? In der Arbeit mit Kindern schaffen häufige Wechsel des Betreuungspersonals keinen Mehrwert, sondern können zu Problemen in der Vertrauensbildung resp. im Aufbau von Bindungen führen. SAVOIRSOCIAL plädiert deshalb für längere Fristen als die 90 Tage.
- Art. 3 Abs. 4: Es ist stossend, dass nur für Berufe im Sicherheitssektor der Nachweis erbracht werden muss, dass keine Vorstrafen vorliegen. Dieser Punkt ist auch im Sozialwesen von grosser Bedeutung, wie die verschiedenen veröffentlichten Missbrauchsfälle immer wieder deutlich machen. Zudem wäre eine Informationspflicht über laufende Verfahren wünschenswert.
- Bei Art. 10 Abs. 3 sowie bei Art. 12 ist die Frist von einem Monat zu knapp angesetzt, um eine gewissenhafte Prüfung der beruflichen Qualifikationen gewährleisten zu können. Zudem ist es wichtig, dass die Eignungsprüfung nach transparenten, einheitlichen Kriterien abläuft.
- In Art. 14 ist eine zentrale Bestimmung der Verordnung festgelegt: der Schutz der Schweizerischen Berufsbezeichnungen. Dies begrüsst SAVOIRSOCIAL sehr. Die Formulierung in Abs. 2 erlaubt es jedoch, dass eine Person, bei welcher die Nachprüfung der beruflichen Qualifikation durch die zuständige Behörde negativ ausgefallen ist, dennoch in der Schweiz arbeiten darf, wenn sie die Berufsbezeichnung in der Amtssprache ihres Niederlassungsstaates verwendet. Dies verwässert unseres Erachtens die beabsichtigten Ziele dieser Verordnung. Diese Bestimmung darf nur in absoluten Ausnahmefällen zum Zuge kommen, was in der VMD entsprechend zum Ausdruck kommen muss.

Zusammenfassend halten wir fest, dass SAVOIRSOCIAL die VMD begrüsst, unter Vorbehalt der oben erwähnten Änderungen und Ergänzungen. Für das genaue Prüfen unserer Anliegen danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse



Monika Weder
Präsidentin SAVOIRSOCIAL



Karin Fehr
Geschäftsführerin SAVOIRSOCIAL

Beilagen:

- Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)
- Qualitätsrichtlinien zur IVSE
- Directives pour l'accueil de jour des enfants, Kanton Waadt

INTERKANTONALE VEREINBARUNG FÜR SOZIALE EINRICHTUNGEN IVSE

13.12.2002 (Stand 1.1.2008)

Präambel

In Anbetracht dessen,

- dass soziale Einrichtungen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Wohnsitz in einem anderen Kanton offen stehen sollen,
- dass die hierfür nötige Angebotsoffenheit nur spielen kann, wenn die Kostenübernahme zwischen den Kantonen auf der Grundlage einheitlicher Berechnungsmethoden gesichert ist,
- dass eine enge interkantonale Zusammenarbeit im Bereiche der sozialen Einrichtungen anzustreben ist,

beschliessen die Kantone, gestützt auf den Vorschlag der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK), im Einvernehmen mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) folgende Vereinbarung:

I Grundlagen

I.I Zweck

Artikel 1

¹Die Vereinbarung bezweckt, die Aufnahme von Personen mit besonderen Betreuungs- und Förderungsbedürfnissen in geeigneten Einrichtungen ausserhalb ihres Wohnkantons ohne Erschwernisse zu ermöglichen.

²Die Vereinbarungskantone arbeiten in allen Belangen der IVSE zusammen. Sie tauschen insbesondere Informationen über Massnahmen, Erfahrungen sowie Ergebnisse aus, stimmen ihre Angebote an Einrichtungen aufeinander ab und fördern die Qualität derselben.

I.II Geltungsbereich

Artikel 2

Bereiche

¹Die IVSE bezieht sich auf Einrichtungen der folgenden Bereiche:

- A Stationäre Einrichtungen, die gestützt auf eidgenössisches oder kantonales Recht Personen bis zum vollendeten 20. Altersjahr, längstens jedoch bis nach Abschluss

der Erstausbildung beherbergen, sofern sie vor Erreichen der Volljährigkeit in eine Einrichtung eingetreten oder dort untergebracht worden sind.

Im Fall von Massnahmen gemäss dem Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht liegt die Altersgrenze unabhängig vom Eintrittsalter beim vollendeten 22. Altersjahr.

- B** Einrichtungen für erwachsene, invalide Personen oder Einheiten solcher Einrichtungen gemäss dem Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG):
- a) Werkstätten, die dauernd intern oder an dezentral ausgelagerten Arbeitsplätzen invalide Personen beschäftigen, die unter üblichen Bedingungen keine Erwerbstätigkeit ausüben können;
 - b) Wohnheime und andere betreute kollektive Wohnformen für invalide Personen;
 - c) Tagesstätten, in denen invalide Personen Gemeinschaft pflegen und an Freizeit- und Beschäftigungsprogrammen teilnehmen können.

Einheiten von Einrichtungen, welche die gleichen Leistungen wie die Einrichtungen gemäss Buchstaben a) bis c) erfüllen, sind gleichgestellt.

- C** Stationäre Therapie- und Rehabilitationsangebote im Suchtbereich

- D** Einrichtungen der externen Sonderschulung:

- a) Sonderschulen für Unterricht, Beratung und Unterstützung inklusive integrativer Sonderschulung sowie für die Tagesbetreuung, sofern diese Leistung von der Einrichtung erbracht wird;
- b) Früherziehungsdienste für Kinder mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Kinder;
- c) Pädagogisch-therapeutische Dienste für Logopädie oder Psychomotoriktherapie, sofern diese Leistungen nicht innerhalb des Regelschulangebotes erbracht werden.

²Die Vereinbarungskonferenz (VK) kann die Vereinbarung unter Vorbehalt der Artikel 6 und 8 der IVSE auf weitere Bereiche sozialer Einrichtungen ausdehnen.

³Die Kantone können einzelnen, mehreren oder allen Bereichen beitreten.

Artikel 3

Ausnahmen

¹Einrichtungen, die einem Konkordat über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Straf- und Massnahmenvollzugskonkordate) unterstellt sind, fallen nicht unter diese Vereinbarung.

²Einrichtungen für Betagte, sowie medizinisch geleitete Einrichtungen fallen nicht unter diese Vereinbarung.

³Einheiten von Einrichtungen gemäss Absatz 2 mit eigener Rechnung und Leitung können der IVSE ebenfalls unterstellt werden, wenn sie deren Voraussetzungen erfüllen.

⁴Einrichtungen fallen nicht unter diese Vereinbarung für Leistungen, die sie zur beruflichen Eingliederung im Sinne der Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung erbringen.

I.III Begriffe

Artikel 4

Die folgenden Begriffe werden im Rahmen der IVSE auf Grund der nachstehenden Definitionen verwendet:

a) Vereinbarungskonferenz (VK)

Die Versammlung all jener Mitglieder der SODK, deren Kanton der IVSE beigetreten ist, bildet die Vereinbarungskonferenz.

b) Vorstand der VK

Der Vorstand VK entspricht den Vorstandsmitgliedern SODK, soweit deren Kanton der IVSE beigetreten ist.

c) Vereinbarungskanton

Der Vereinbarungskanton ist derjenige Kanton, der mindestens einem Bereich der IVSE beigetreten ist.

d) Wohnkanton

Der Wohnkanton ist derjenige Kanton, in dem die Person, welche die Leistungen beansprucht, ihren zivilrechtlichen Wohnsitz hat.

e) Standortkanton

Standortkanton ist der Kanton, in dem die Einrichtung ihren Standort hat. Wird die unternehmerische und finanzielle Herrschaft über die Einrichtung in einem anderen Kanton ausgeübt, so kann dieser als Standortkanton vereinbart werden.

f) Einrichtung

Die Einrichtung ist eine Struktur, die als juristische oder natürliche Person Leistungen in einem Bereich nach Art. 2 Abs. 1 erbringt.

g) Richtlinie

Die Richtlinie stellt eine verbindliche Sekundärnorm der IVSE dar. Sie wird durch den Vorstand VK erlassen.

I.IV Nachträgliche Wohnsitznahme und Aufenthalt

Artikel 5

Besondere Zuständigkeit

¹Der Aufenthalt in einer Einrichtung gemäss Art. 2 Absatz 1 Bereich B lit. b bewirkt keine Änderung der bisherigen Zuständigkeit für das Leisten der Kostenübernahmegarantie.

²Für Vergütungen von Leistungen der externen Sonderschulung hat derjenige Kanton die Kostenübernahmegarantie zu leisten, in dem sich der Schüler oder die Schülerin aufhält.

II Organisation

II.I Konstituierung der IVSE, Vollzug, Organe

Artikel 6

Vollzug

¹Die SODK ist solange die federführende Konferenz, bis die Organe geschaffen sind.

²Die VK gewährleistet den Vollzug der IVSE.

³Sie arbeitet dabei mit den weiteren im Bereich der sozialen Einrichtungen zuständigen Fachdirektorenkonferenzen und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren zusammen. Zu den weiteren zuständigen Fachdirektorenkonferenzen gehören:

- die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

- die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)
- die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

⁴Die VK konsultiert die EDK, die KKJPD und die GDK in Bezug auf die von ihr gestützt auf die Artikel 8 Buchstabe a) und 9 Buchstaben, g) und h) der IVSE zu fällenden Entscheide.

Artikel 7

Organe

¹Organe der IVSE sind:

- a) Die VK
- b) Der Vorstand VK
- c) Die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE
- d) Die Regionalkonferenzen
- e) Die Rechnungsprüfungskommission

²Wahlen und Abstimmungen:

- a) Rechtsgültige Beschlüsse und Wahlen bedürfen der Anwesenheit der Hälfte der in der IVSE für die Besetzung der Organe vorgesehenen stimmberechtigten Mitglieder unter Vorbehalt von Art. 8 Buchstabe a).
- b) Bei Abstimmungen entscheidet das Mehr der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Präsidentin oder der Präsident mit Stichentscheid.
- c) Bei Wahlen gilt das absolute Mehr der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

³Die VK erlässt ein Reglement zu Konstituierung und Tätigkeit der Organe.

Artikel 8

VK

Die VK ist zuständig für:

- a) Die Ausdehnung der IVSE auf weitere Bereiche sozialer Einrichtungen gemäss Artikel 2 Absatz 2. Entscheide bedürfen für ihre Gültigkeit der Zweidrittelmehrheit.
- b) Den Erlass eines Reglements zur Konstituierung und Tätigkeit der Organe gemäss Artikel 7 Absatz 3.

Artikel 9

Vorstand VK

¹Der Vorstand VK ist zuständig für:

- a) Die Durchführung des Beitrittsverfahrens nach Art. 37
- b) Die Festlegung des Zeitpunktes des Inkrafttretens der IVSE im Anschluss an das Erreichen des Quorums sowie die entsprechende Mitteilung an die Vereinbarungskantone gemäss Art. 39
- c) Die Mitteilung an die SODK bei Unterschreiten des Quorums gemäss Art. 40
- d) Die Genehmigung des Voranschlages und der Rechnung der IVSE
- e) Die Festlegung der Regionen gemäss Art. 12 Absatz 3
- f) Die Verweigerung der Aufnahme oder Streichung einer Einrichtung von der Liste bei Nichterfüllen der Anforderungen der IVSE auf Antrag der Schweizerischen Konferenz der Verbindungsstellen IVSE
- g) Den Erlass folgender Richtlinien:
 - Zur Leistungsabgeltung gemäss den Art. 20 und 21
 - Zum Verfahren im Bereich C gemäss Art. 30
 - Rahmenrichtlinien zur Qualität gemäss Art. 33 Absatz 2
 - Zur Kostenrechnung gemäss Art. 34 Absatz 2
- h) Die Verabschiedung von Empfehlungen
- i) Die Abstimmung der Angebote zwischen den Regionen und deren periodische Erörterung mit ihnen
- k) Alle Entscheide, die nicht in die Kompetenz eines anderen Organs fallen.

²An den Sitzungen des Vorstandes VK nimmt der Präsident oder die Präsidentin der Schweizerischen Konferenz der Verbindungsstellen IVSE zu den Geschäften der IVSE mit beratender Stimme teil.

II.II Verbindungsstellen

Artikel 10

Bezeichnung

Jeder Vereinbarungskanton bezeichnet eine Verbindungsstelle.

Artikel 11

Zuständigkeit

¹Die Verbindungsstellen sind zuständig für:

- a) Das Einholen der Kostenübernahmegarantie;
- b) Die Entgegennahme und Bearbeitung von Gesuchen um Kostenübernahmegarantie und den Entscheid über dieselben;
- c) Die Koordination der Information und der Geschäftsbearbeitung mit Verwaltungen sowie Einrichtungen und deren Vertretungen innerhalb des Kantons;
- d) Den Informationsaustausch und die Geschäftsbearbeitung mit Verbindungsstellen anderer Vereinbarungskantone;
- e) Die Führung eines Registers über die erteilten Kostenübernahmegarantien.

²Die Verbindungsstellen nehmen an den Sitzungen der Regionalkonferenzen teil.

II.III Regionalkonferenzen

Artikel 12

Zusammenschluss

¹Die Verbindungsstellen schliessen sich zu den vier Regionalkonferenzen Westschweiz/Tessin, Nordwestschweiz, Zentralschweiz und Ostschweiz zusammen.

²Jede Verbindungsstelle gehört einer Regionalkonferenz an. Sie kann weiteren Regionalkonferenzen mit beratender Stimme angehören.

³Der Vorstand VK legt die Regionen fest.

Artikel 13

Zuständigkeit

Die Regionalkonferenzen sind zuständig für:

- a) Die Wahl von zwei Vertretern beziehungsweise Vertreterinnen als Mitglieder der Schweizerischen Konferenz der Verbindungsstellen IVSE.
- b) Die Abstimmung der Angebote an Einrichtungen zwischen den Kantonen im Rahmen der Region.
- c) Den Austausch von Informationen im Sinne von Art. 1 Absatz 2 und die Weiterleitung derselben an die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE.
- d) Anträge an die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE, insbesondere in Bezug auf die Aufnahme oder Streichung einer Einrichtung von der Liste der Einrichtungen.

II.IV Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE

Artikel 14

Zusammensetzung

Die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE besteht aus je zwei Vertretern oder Vertreterinnen der Regionalkonferenzen. Der Konferenzsekretär oder die Konferenzsekretärin der SODK nimmt an den Verhandlungen mit beratender Stimme teil.

Artikel 15

Zuständigkeit

Die Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE ist zuständig für:

- a) Die Ausarbeitung von Bericht und Antrag zu den Geschäften des Vorstandes VK gemäss Art. 9 lit. e) – h). Anträge gemäss Artikel 9 lit. f) dürfen nur auf Antrag einer Regionalkonferenz erfolgen.
- b) Den Austausch von Informationen im Sinne von Art. 1 Absatz 2.
- c) Die Instruktion der Verbindungsstellen.

II.V Rechnungsprüfungskommission

Artikel 16

Die Rechnungsprüfungskommission der SODK revidiert die Jahresrechnung der IVSE und erstattet der VK Bericht und Antrag.

II.VI Geschäftsführung

Artikel 17

Sekretariat

¹Das Zentralsekretariat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren führt die Geschäfte der IVSE, soweit nicht die Kantone dafür zuständig sind.

²Es besorgt auch die Sekretariate der Schweizerischen Konferenz der Verbindungsstellen sowie in der Regel von Ad-hoc-Fachgruppen.

³gestrichen

Artikel 18

Kosten

¹Die Kosten, welche durch die Anwendung dieser Vereinbarung entstehen, werden von der VK getragen.

²Das Zentralsekretariat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren stellt den Vereinbarungskantonen hierfür Rechnung und sorgt für das Inkasso.

III Leistungsabgeltung und Kostenübernahmegarantie

III.I Grundsatz

Artikel 19

¹Der Wohnkanton sichert der Einrichtung des Standortkantons mittels der Kostenübernahmegarantie die Leistungsabgeltung zu Gunsten der Person für die zu garantierende Periode zu.

²Die zahlungspflichtigen Stellen und Personen des Wohnkantons schulden der Einrichtung des Standortkantons die Leistungsabgeltung für die Leistungsdauer.

III.II Leistungsabgeltung

Artikel 20

Definition Leistungsabgeltung

¹Die Leistungsabgeltung berechnet sich aus dem anrechenbaren Nettoaufwand abzüglich der Bau- und Betriebsbeiträge des Bundes. Der verbleibende Betrag wird auf die Person pro Verrechnungseinheit umgerechnet.

²Der anrechenbare Nettoaufwand ergibt sich aus dem anrechenbaren Aufwand abzüglich des anrechenbaren Ertrages.

Artikel 21

Definition anrechenbarer Aufwand und Ertrag

¹Als anrechenbarer Aufwand gelten die für die Leistung erforderlichen Personal- und Sachinkl. Kapitalkosten und Abschreibungen.

²Als anrechenbarer Ertrag gelten Einnahmen aus dem Leistungsbereich inkl. Kapitalerträge sowie freiwillige Zuwendungen, soweit diese für den Betrieb bestimmt sind.

³Der Vorstand VK erlässt eine Richtlinie zu den Art. 20 und 21.

Artikel 22

Beiträge der Unterhaltspflichtigen

¹Die Höhe der Beiträge der Unterhaltspflichtigen im Rahmen der IVSE entspricht den mittleren Tagesaufwendungen für Kost und Logis für eine Person in einfachen Verhältnissen.

²Von Unterhaltspflichtigen nicht geleistete Beiträge können der Sozialhilfe belastet werden.

Artikel 23

Methode

¹ Die Leistungsabgeltung kann sowohl durch Methode D (Defizitdeckung) als auch Methode P (Pauschalen) erfolgen.

² Besteht zwischen dem Standortkanton und seiner Einrichtung keine Abmachung bezüglich der Methode P, so kommt die Methode D zur Anwendung.

³ Die Vereinbarungskantone streben den Übergang von der Methode D zur Methode P an. Der Vorstand VK fördert diesen Prozess im Rahmen von Art. 1 Absatz 2.

Artikel 24

Verrechnungseinheit

¹Als Verrechnungseinheit gilt der Kalendertag.

^{1bis} Für Leistungen von Werkstätten gemäss Art. 2 Absatz 1 Bereich B lit. a gelten die vereinbarten Arbeitsstunden als Verrechnungseinheit.

^{1ter} Für Leistungen von Tagesstätten gemäss Art. 2 Absatz 1 Bereich B gilt der Aufenthaltstag als Verrechnungseinheit. Der Vorstand VK erlässt eine Richtlinie zur Definition des Aufenthaltstages.

^{1quater} Für Leistungen, die von Sonderschulen ausserhalb der Einrichtung erbracht werden sowie für Leistungen von Sonderschuleinrichtungen gemäss Art. 2 Absatz 1 Bereich D lit. b und c gilt die Unterrichts-, Therapie- oder Beratungsstunde als Verrechnungseinheit.

²Bei der Methode **P** kann von den Verrechnungseinheiten gemäss Absätzen 1, 1bis, 1ter und 1quater abgewichen werden.

Artikel 25

Inkasso

¹Die Einrichtung des Standortkantons kann den zahlungspflichtigen Stellen und Personen monatlich Rechnung stellen. Die Rechnungen sind innert 30 Tagen nach Eingang zu bezahlen.

²Bleiben nach Ablauf der Zahlungsfrist die Überweisungen der Zahlungspflichtigen aus, mahnt die Einrichtung schriftlich. 10 Tage nach Eintreffen der Mahnung beginnt ein Verzugszins von 5% zu laufen.

³Bei Inkassoproblemen leistet der Wohnkanton Hilfe.

III.III Kostenübernahmegarantie

Artikel 26

Ablauf

¹Die Verbindungsstelle des Standortkantons holt vor der Unterbringung oder vor dem Eintritt der Person bei der Verbindungsstelle des Wohnkantons die Kostenübernahmegarantie ein.

²Kann das Gesuch um die Kostenübernahmegarantie wegen zeitlicher Dringlichkeit nicht vor Beginn der Unterbringung oder des Eintritts der Person in die Einrichtung gestellt werden, so ist es so rasch als möglich nachzuholen.

Artikel 27

Modalitäten

¹Die Kostenübernahmegarantie kann befristet und mit Auflagen versehen sein. Bei einem Wechsel des Wohnkantons holt der Standortkanton eine neue Kostenübernahmegarantie ein.

²Unbefristete Kostenübernahmegarantien können mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden.

³Gesuche um eine Kostenübernahmegarantie zu Gunsten von erwachsenen Personen erfordern deren Einwilligung.

III.IV Regeln für erwachsene Personen mit Behinderungen gemäss Bereich B

Artikel 28

Kostenbeteiligung; Grundsätze

¹Für erwachsene, invalide Personen gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich B lit. b und c gelten in teilweiser Abweichung von Kapitel III (Leistungsabgeltung und Kostenübernahmegarantie) die nachfolgenden Regeln.

²Die erwachsene, invalide Person in Einrichtungen gemäss Artikel 2 Absatz 1 Bereich B lit. b und c trägt die Kosten der Leistungsabgeltung teilweise oder vollständig aus ihrem Einkommen und aus Anteilen des Vermögens.

³Die Berechnung der Kostenbeteiligung erfolgt nach den im Wohnkanton geltenden Regeln.

Artikel 29

Kostenbeteiligung und Leistungsabgeltung

¹Die Kostenbeteiligung wird von der Einrichtung bei der Person oder deren gesetzlichen Vertretung auf Grund der Kostenübernahmegarantie des Wohnkantons eingefordert.

²Verbleibt nach Abzug der Kostenbeteiligung von der Leistungsabgeltung ein ungedeckter Betrag, so gilt der Wohnkanton diesen der Einrichtung ab.

III.V Regeln für den Bereich C

Artikel 30

Für das Verfahren im Bereich C kann der Vorstand VK eine spezielle Richtlinie erlassen.

IV Einrichtungen

IV.I Liste der Einrichtungen

Artikel 31

Bezeichnen der Einrichtungen

¹Der Standortkanton bezeichnet die Einrichtungen in seiner Zuständigkeit, welche er der IV-SE zu unterstellen beabsichtigt, teilt sie im Sinne des Artikel 2 Absatz 1 den entsprechenden

Bereichen zu, bezeichnet die von der Einrichtung angewandte Methode der Leistungsabgeltung gemäss Art. 23 und meldet diese Angaben dem Zentralsekretariat der SODK.

²Fallen nicht alle Abteilungen einer Einrichtung unter die IVSE, so bezeichnet der Standortkanton ausdrücklich jene Abteilungen, auf welche die IVSE Anwendung finden soll.

Artikel 32

Liste

¹Das Zentralsekretariat der SODK führt eine Liste der Einrichtungen beziehungsweise derjenigen Abteilungen, welche der IVSE unterstellt sind. Es führt die Liste nach Bereichen gem. Art. 2 Absatz 1 sowie nach Methoden der Leistungsabgeltung gemäss Artikel 23 der IVSE.

²Die Verbindungsstellen melden alle Mutationen umgehend dem Zentralsekretariat der SODK, welches diese Liste laufend nachführt.

IV.II Qualität und Wirtschaftlichkeit

Artikel 33

¹Die Standortkantone gewährleisten in den dieser Vereinbarung unterstellten Einrichtungen einen therapeutisch, pädagogisch und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb.

²Der Vorstand VK erlässt Rahmenrichtlinien zu den Qualitätsanforderungen.

IV.III Kostenrechnung

Artikel 34

¹Die Standortkantone sorgen dafür, dass die ihnen unterstellten Einrichtungen eine Kostenrechnung führen.

²Der Vorstand VK erlässt Richtlinien zur Kostenrechnung.

V Rechtsschutz und Streitbeilegung

Artikel 35

Streitbeilegung

Kantone und Organe bemühen sich, Streitigkeiten aus der IVSE durch Verhandlungen oder Vermittlung beizulegen. Sie befolgen hierbei die Vorschriften der Streitbeilegung gemäss Art. 31 ff der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (Rahmenvereinbarung, IRV) vom 24. Juni 2005.

Artikel 35^{bis}

Sitz

Der Sitz der IVSE ist am Standort des Zentralsekretariates der SODK.

Artikel 35^{ter}

Anwendbares Recht

Es gilt das Recht des Sitzkantons.

VI Schluss- und Übergangsbestimmungen

VI.I Beitritt zur IVSE

Artikel 36

Beitritt

¹Der Vorstand SODK gibt die vorliegende Vereinbarung zum Beitritt frei und führt das Beitrittsverfahren durch.

²Beitreten können die Kantone der Schweiz sowie das Fürstentum Liechtenstein.

Artikel 37

Verfahren

¹Der Beitritt zu dieser Vereinbarung kann auf Beginn eines jeden Quartals erklärt werden.

²Die schriftliche Beitrittserklärung muss dem Zentralsekretariat der SODK zu Händen des Vorstandes VK mindestens 30 Tage vor dem Beitrittstermin zugehen.

³In der Beitrittserklärung wird angegeben, für welche Bereiche gemäss Artikel 2 der Beitritt erfolgt.

⁴Die Beitrittserklärung ist nur gültig, wenn gleichzeitig die Mitgliedschaft bei der IHV, soweit diese in den Bereichen A und B besteht, gekündigt wird.

VI.II Kündigung der IVSE

Artikel 38

¹Die Kündigung der IVSE ist dem Zentralsekretariat SODK zu Händen des Vorstandes VK schriftlich einzureichen.

²Der Austritt wird auf das Ende des dem Kündigungsschreiben folgenden Kalenderjahres rechtswirksam.

³Das Kündigungsschreiben gibt den respektive die betroffenen Bereiche an.

⁴Vor der Kündigung erteilte Kostenübernahmegarantien behalten ihre Gültigkeit.

VI.III Inkrafttreten der IVSE

Artikel 39

¹Sobald in drei Regionen mindestens je zwei Kantone mindestens zwei Bereichen beigetreten sind, bestellt die SODK die Organe. Der Vorstand VK legt anschliessend den Zeitpunkt für das Inkrafttreten fest und orientiert die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein.

²Das Inkraftsetzen hat spätestens zwölf Monate nach Erreichen des Quorums zu erfolgen.

VI.IV Aufhebung der IVSE

Artikel 40

IVSE

¹Sobald das Quorum gem. Art. 39 Absatz 1 unterschritten wird, ist die IVSE aufzuheben.

²Der Vorstand VK meldet die Unterschreitung des Quorums an die SODK. Die SODK legt den Zeitpunkt für die Aufhebung fest und teilt ihn den Kantonen sowie dem Fürstentum Liechtenstein mit.

³Ein allfälliger Liquidationsgewinn ist der SODK zu überweisen.

Artikel 41

Kostenübernahmegarantien

Vor der Aufhebung der IVSE erteilte Kostenübernahmegarantien behalten ihre Gültigkeit.

VI.V Übergangsregelung IHV/IVSE

Artikel 42

Kostengutsprachen/Kostenübernahmegarantien

¹Bestehende Kostengutsprachen der IHV behalten für Vereinbarungskantone die Gültigkeit als Kostenübernahmegarantie. Artikel 27 Absatz 2 gilt analog.

²Für bestehende Kostenübernahmegarantien, bei denen sich die Leistungsabgeltung infolge des Wegfalls der Beiträge der IV verändert, müssen dem Wohnkanton bis zum 31.3.2008 neue Gesuche unterbreitet werden. Dies gilt auch betreffend Leistungen, für welche bis zum 31.12.2007 noch keine Kostenübernahmegarantien geleistet wurden, sofern sich die Berechnung der Leistungsabgeltung verändert.

Artikel 43

Liste

¹Die Liste der Heime und Einrichtungen gemäss Artikel 8 der IHV wird für die Beitrittskantone in die Liste der Einrichtungen gemäss Artikel 31 und 32 IVSE überführt.

²Die Vereinbarungskantone reichen innerhalb von sechs Monaten nach dem Beitritt ihre gemäss Artikel 2 und 23 angepasste und bereinigte Liste der Einrichtungen dem Sekretariat der SODK ein.

Der vorliegende Text wurde von der Vereinbarungskonferenz am 14. September 2007 in Lausanne genehmigt und dem Bund, der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK), der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) sowie Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zur Kenntnis gebracht.

Die Präsidentin:
sig. Kathrin Hilber

Kathrin Hilber
Regierungsrätin

Die Generalsekretärin SODK:
sig. Margrith Hanselmann

Margrith Hanselmann

Anhang 1 zur IVSE

Inkrafttreten der IVSE:

A) Bestätigung, dass die Voraussetzungen für das Inkrafttreten der IVSE, erfüllt sind:

Der Vorstand der SODK hat an seiner Sitzung vom 28.1.2005 davon Kenntnis genommen, dass das Quorum per 1.1.2006 erreicht ist und die IVSE auf den 1.1.2006 in Kraft gesetzt werden kann. Er genehmigt das weitere Vorgehen gemäss speziellem Plan des Zentralsekretariates SODK.

Wir bestätigen, dass die Voraussetzungen für das Inkrafttreten der IVSE gem. Art. 39 erfüllt sind und die Organe bestellt werden können.

Sobald die Organe gebildet sind, wird der Vorstand der Vereinbarungskonferenz (VK) den Zeitpunkt für das Inkrafttreten der IVSE festlegen und die Kantone und das Fürstentum Liechtenstein orientieren.

Bern, 28.1.2005	Die Präsidentin SODK	Der Zentralsekretär SODK
	<i>sig. R. Lüthi</i>	<i>sig. E. Zürcher</i>
	Dr. Ruth Lüthi Staatsrätin	Ernst Zürcher

B) Genehmigung des Inkrafttretens der IVSE durch den Vorstand der VK:

Der Vorstand der VK hat an seiner Sitzung vom 22.9.2005 das Inkrafttreten der IVSE per 1.1.2006 festgelegt.

Damit tritt die IVSE in Kraft per: 1. Januar 2006

Bern, 22.9.2005	Vorstand der Vereinbarungskonferenz IVSE
	Die Präsidentin
	<i>sig. K. Hilber</i>
	Kathrin Hilber Regierungsrätin

C) Inkrafttreten der am 14. September 2007 beschlossenen Anpassungen:

Die Vereinbarungskonferenz hat am 14. September 2007 in Lausanne den Anpassungen der IVSE an die NFA mit Inkrafttreten per 1. Januar 2008 zugestimmt.

Damit tritt die angepasste IVSE in Kraft per: 1. Januar 2008

Bern, 14. September 2007	Die Präsidentin der Vereinbarungskonferenz IVSE	Die Generalsekretärin SODK
	<i>sig. Kathrin Hilber</i>	<i>sig. Margrith Hanselmann</i>
	Kathrin Hilber Regierungsrätin	Margrith Hanselmann

Anhang 2 zur IVSE

Abkürzungen

AE	Anrechenbarer Ertrag
ANA	Anrechenbarer Nettoaufwand
BU	Beiträge der Unterhaltspflichtigen
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
FDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren
GDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (früher Sanitätsdirektoren genannt)
KKJPD	Schweizerische Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren
IHV	Interkantonale Heimvereinbarung
IV	Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
IVSE	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen
KüG	Kostenübernahmegarantie
LA	Leistungsabgeltung
LSMG	Bundesgesetz vom 5. Okt. 1984 über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug
RK	Regionalkonferenz
SKV IVSE	Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE
SODK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch
VK	Vereinbarungskonferenz
ZUG	Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger

Anhang 3 zur IVSE

Liste der Vereinbarungskantone mit den Bereichen für die der Beitritt gilt (in der Reihenfolge der Beschlüsse). Stand vom 18.11.2009:

Kanton:	Beschluss vom:	Beitritt per:	Bereiche:
BS	20.05.2003	01.01.2006	A, B, D
AG	04.11.2003	01.01.2006	A, D
BE	10.12.2003	01.01.2006	A, B, C, D
UR	16.12.2003	01.01.2006	A, B
GL	14.01.2004	01.01.2006	A, B, D
FR	10.02.2004	01.01.2006	A, B, C, D
BL	23.03.2004	01.01.2006	A, B, D
SO	24.08.2004	01.01.2006	A, B, C, D
LU	07.09.2004	01.01.2006	A, B, C, D
OW	19.10.2004	01.01.2006	A, B, D
SZ	07.12.2004	01.01.2006	A, B, D
NE	22.12.2004	01.01.2006	A, B, C, D
VD	19.01.2005	01.01.2006	A, B, C, D
TI	05.04.2005	01.01.2006	A, B, C, D
UR	31.05.2005	01.01.2006	D
VS	22.06.2005	01.01.2006	A, B, C, D
SG	16.08.2005	01.01.2006	A, B
NW	18.10.2005	01.01.2006	A, B, D
JU	26.10.2005	01.01.2006	A, B, C, D
FL	02.12.2005	01.01.2006	B
SZ	20.09.2006	01.01.2007	C
AI	26.09.2006	01.01.2007	A, B
ZG	24.10.2006	01.01.2007	A, B, C, D
AG	08.11.2006	01.01.2007	B
SG	13.02.2007	01.01.2008	D
TG	20.08.2007	01.01.2008	A, B, D
SH	17.09.2007	01.01.2008	B, C
AR	29.10.2007	01.01.2008	A, B, C, D
ZH	14.11.2007	01.01.2008	A, B, C, D
GE	20.11.2007	01.01.2008	A, B, C, D
GR	22.10.2008	01.04.2009	A, B, C, D
SH	27.10.2008	01.01.2009	A, D
BS	10.03.2009	01.07.2009	C
FL	10.11.2009	01.01.2010	A, D

Anhang 4 zur IVSE

Ratifizierung der Anpassungen der IVSE an die NFA mit Inkrafttreten per 1. Januar 2008

Alle Kantone sowie das Fürstentum Liechtenstein haben die an die NFA angepasste IVSE mit Inkrafttreten per 1. Januar 2008 ratifiziert (in der chronologischen Reihenfolge der Beschlüsse):

Kanton:	Beschluss vom:
BL	06.11.2007
AG	07.11.2007
ZH	14.11.2007
AR	11.12.2007
AI	01.01.2008
SO	01.01.2008
FL	01.01.2008
TI	01.01.2008
SH	08.01.2008
OW	15.01.2008
UR	22.01.2008
GL	23.01.2008
NE	06.02.2008
VD	20.02.2008
NW	26.02.2008
TG	15.04.2008
LU	06.05.2008
VS	07.05.2008
SZ	01.07.2008
GR	22.10.2008
ZG	16.12.2008
BS	10.03.2009
BE	25.03.2009
SG	26.01.2010
GE	15.05.2010
FR	10.12.2010
JU	23.03.2011

IVSE-Rahmenrichtlinien zu den Qualitätsanforderungen

1.12.2005 (Stand 13.09.2007)

Wortlaut IVSE:

Qualität und Wirtschaftlichkeit

Artikel 33

¹ *Die Standortkantone gewährleisten in den dieser Vereinbarung unterstellten Einrichtungen einen therapeutisch, pädagogisch und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb.*

² *Der Vorstand VK erlässt Rahmenrichtlinien zu den Qualitätsanforderungen.*

1. Geltung

- 1.1 Die vorliegenden Rahmenrichtlinien zu den Qualitätsanforderungen gelten für jede Einrichtung oder Abteilung einer Einrichtung der Bereiche A, B, C und D gemäss Artikel 31 der IVSE, welche der Standortkanton der Liste der IVSE unterstellen will.
- 1.2 Im Folgenden werden Abteilungen einer Einrichtung im Sinne von Artikel 31 Absatz 2 der IVSE auch als „Einrichtungen“ bezeichnet.

I Qualitative Voraussetzungen zur Unterstellung

2. Unterstellung

- 2.1 Der Standortkanton prüft bei jeder Einrichtung die Erfüllung der Qualitätsanforderungen, bevor er sie der IVSE unterstellt.
- 2.2 Er berücksichtigt dabei ausser diesen Richtlinien namentlich die Bestimmungen über betriebliche und strukturelle Anforderungen für soziale Einrichtungen
 - a) des Bundesgesetzes über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) im Bereich B;
 - b) der Bundesverordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption (PAVO), Abschnitt 4 Heimpflege im Bereich A;
 - c) des Bundesgesetzes und der Verordnung über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug im Bereich A.

3. Betriebsbewilligung

Ist zum Führen einer Einrichtung eine Betriebsbewilligung gestützt auf eidgenössische oder kantonale Gesetzgebung notwendig, darf eine Einrichtung der IVSE erst unterstellt werden, wenn die Betriebsbewilligung vorliegt.

4. Allgemeine Voraussetzungen zur Unterstellung

- 4.1 Die Persönlichkeitsrechte der aufgenommenen Person sind gewährleistet. Sie sind namentlich gesetzlich oder vertraglich geregelt.
- 4.2 Die Organisation, das Betreuungskonzept, die Ausbildung des Personals und die bauliche Ausstattung einer Einrichtung richten sich nach dem Betreuungsbedarf der aufzunehmenden Personen.
- 4.2^{bis} Die Fachlichkeit in der Leitung gemäss dem Betreuungsbedarf der aufzunehmenden Personen ist sicherzustellen.
- 4.3 Art und Umfang der aufzunehmenden Personengruppen, Leistungen und Ziele der Betreuung und Förderung sind im Betreuungskonzept der Einrichtung beschrieben.
- 4.4 Die Aufnahmebedingungen sind offen gelegt und die aufzunehmende Person und ihre gesetzliche Vertretung sind über ihre Rechte und Pflichten schriftlich informiert.

5. Spezielle Voraussetzungen Bereich A : Stationäre Einrichtungen für Kinder und Jugendliche

- 5.1 Für stationäre Einrichtungen, die unmündige Personen aufnehmen, gelten:
 - a) die Bestimmungen der eidgenössischen Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern, 4. Abschnitt „Heimpflege“;
 - b) mindestens zwei Drittel des erzieherisch und beraterisch tätigen Personals verfügen über eine abgeschlossene Ausbildung in sozialer Arbeit (Sozialpädagogik, Sozialarbeit, sozio-kultureller Animation beziehungsweise Pädagogik oder Psychologie) an einer höheren Fachschule, Fachhochschule oder Hochschule. Zur Quote zählen auch die Heimleitung sowie jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in einer anerkannten Ausbildung stehen. In Ausnahmefällen kann vorübergehend von der Erfüllung der Zweidrittelsquote abgesehen werden, wenn mindestens die Hälfte des erzieherisch tätigen Personals die Anforderungen erfüllt.
- 5.2 In stationären Einrichtungen, die schwerpunktmässig Kinder im Vorschulalter oder Kinder und Jugendliche mit Behinderungen aufnehmen, können bei den Ausbildungsvoraussetzungen des Personals Ausbildungsabschlüsse anerkannt werden, die den Anforderungen von Art. 5.1 lit. b. nicht entsprechen, sofern sie bereichsspezifisch auf die Erziehungs- und Betreuungsarbeit ausgerichtet sind.
- 5.3 Für Familien oder familienähnliche Wohngemeinschaften mit einer Heimbewilligung gemäss eidgenössischer Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern, 4. Abschnitt „Heimpflege“ gilt in Abweichung von Art. 5.1 lit.b, dass mindestens die Hälfte des erzieherisch tätigen Personals die Ausbildungsvoraussetzungen erfüllen muss.
- 5.4 Für stationäre Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit interner Schule gelten für die Schule die Qualitätsanforderungen der kantonalen Bildungsgesetzgebung mit ihren Bestimmungen über die Volksschule sowie für Einrichtungen, die Leistungen der Sonderschulung erbringen, die Bestimmungen für den Bereich D dieser Richtlinien.

6. Spezielle Voraussetzungen Bereich B: Einrichtungen für erwachsene, invalide Personen gemäss Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG):

6.1 Anerkennungsvoraussetzung:

Bedingung für die Unterstellung einer Einrichtung im Bereich B ist die Erfüllung der Anerkennungsvoraussetzungen des IFEG sowie in Ergänzung dazu die nachfolgenden speziellen Voraussetzungen für den Bereich B.

6.2 Fachpersonal:

Als nötiges Fachpersonal gilt:

- a) In Werkstätten verfügt **mindestens die Hälfte** der Betreuungspersonen über einen eidgenössisch anerkannten Ausbildungsabschluss im Sozial- oder Gesundheitsbereich oder einen interkantonal anerkannten Ausbildungsabschluss im Betreuungsbereich oder eine Weiterbildung in diesen Bereichen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in Aus- oder Weiterbildung befinden, werden angerechnet.

Für ausländische Abschlüsse ist eine Äquivalenz zu schweizerischen Abschlüssen zu belegen.

- b) In Wohnheimen und anderen betreuten kollektiven Wohnformen sowie in Tagesstätten verfügt mindestens die Hälfte der Betreuungspersonen über einen eidgenössisch anerkannten Ausbildungsabschluss im Sozial- oder Gesundheitsbereich oder einen interkantonal anerkannten Abschluss im Betreuungsbereich. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in Ausbildung befinden, werden angerechnet.

Für ausländische Abschlüsse ist eine Äquivalenz zu schweizerischen Abschlüssen zu belegen.

6.3 Austrittsverfahren:

Das Austrittsverfahren ist zu regeln.

6.4 Infrastruktur: Räumlichkeiten

In der Regel stehen in Wohnheimen und anderen betreuten kollektiven Wohnformen Einzelzimmer beziehungsweise Zimmer für Paare zur Verfügung. Bei Neu- und Umbauten sind solche Zimmer zu realisieren.

7. Spezielle Voraussetzungen Bereich C: Stationäre Therapie- und Rehabilitationsangebote im Suchtbereich

- 7.1 Für stationäre Therapie- und Rehabilitationsangebote im Suchtbereich ist in erster Linie das Qualitätssystem „Qua The Da“ des Bundesamtes für Gesundheit anzuwenden. Der Standortkanton kann andere, gleichwertige Qualitätssysteme anerkennen.

8. Spezielle Voraussetzungen Bereich D: Einrichtungen der externen Sonderschulung

- 8.1 Für Sonderschulen, Früherziehungsdienste und pädagogisch-therapeutische Dienste gelten namentlich für die Organisation, die Qualitätsentwicklung sowie für den Einbezug der Erziehungsberechtigten die Bestimmungen der kantonalen Bildungsgesetzgebung.

Bestehen keine speziellen Bestimmungen für die Sonderschulung, gelten die Bestimmungen der Regelschule sinngemäss.

- 8.2 Für Lehrpersonen und Personen, die Massnahmen pädagogisch-therapeutischer Art durchführen gelten die Zulassungs- und Diplomanerkennungsbestimmungen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK sowie die kantonalen Bestimmungen über die erforderlichen Fähigkeitsausweise für das Ausüben einer Lehrtätigkeit an den öffentlichen Schulen des Standortkantons.
- 8.3 Für jede Schülerin und jeden Schüler werden in einer Förderplanung unter Einbezug der Erziehungsberechtigten individuelle Entwicklungs-, Lern- und Therapieziele festgehalten und deren Erreichung ausgewertet.

II Überprüfung

9. Überprüfung

- 9.1 Der Standortkanton überprüft regelmässig bei allen unterstellten Einrichtungen die Einhaltung der Qualitätsanforderungen. Er stellt sicher, dass Instrumente der internen Qualitätsentwicklung vorhanden sind.
- 9.2 Erfüllt eine Einrichtung die Voraussetzungen unvollständig, verfügt der Standortkanton Auflagen. Erfüllt die Einrichtung die Auflagen innert der gesetzten Frist nicht, ist sie aus der IVSE-Liste zu streichen.
- 9.3 Die Verfügung von Auflagen ist dem Sekretariat der IVSE anzuzeigen.

III Schlussbestimmungen

10. Übergangsbestimmungen

Die Qualitätsanforderungen an das Personal (6.2) von Einrichtungen, die dem Bereich B unterstellt sind, müssen spätestens am 31.12.2012 erfüllt sein.

Erlassen durch den Vorstand der Vereinbarungskonferenz der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE am 1.12.2005.

Bern, 1.12.2005

Für den Vorstand der Vereinbarungskonferenz IVSE:

Die Präsidentin



Kathrin Hilber
Regierungsrätin

Der Zentralsekretär



Ernst Zürcher

Änderungen mit Inkrafttreten per 1.1.2008 beschlossen durch den Vorstand der Vereinbarungskonferenz IVSE an seiner Sitzung vom 13. September 2007.

Lausanne, 13.9.2007

Für den Vorstand der Vereinbarungskonferenz IVSE:

Die Präsidentin



Kathrin Hilber
Regierungsrätin

Die Generalsekretärin



Margrith Hanselmann



Département de la formation, de la jeunesse et de la culture
Service de protection de la jeunesse

Directives pour l'accueil de jour des enfants

Accueil collectif de jour parascolaire

Cadre de référence et
référentiels de compétences

Mise à jour : 01.02.2008

Les directives définissant les cadres de référence et référentiels de compétences pour l'accueil de jour des enfants ont été mises en consultation auprès de deux groupes de travail réunissant des représentants de toutes les instances concernées. La présente version révisée a également bénéficié en novembre 2007 de la consultation des milieux concernés.

L'adoption et la publication de ces documents sont l'occasion de remercier toutes celles et tous ceux qui ont collaboré à cette démarche.

Le chef de service
(signé)

Philippe Lavanchy

Note : dans sa rédaction, la Loi sur l'accueil de jour des enfants (LAJE) utilise le féminin pour la désignation de toutes les fonctions. Ce même principe a conduit la rédaction de ces directives. Cependant, de manière générale, la désignation de personne, de statut, de fonction ou de profession utilisée dans le présent document, peut s'appliquer indifféremment aux femmes et aux hommes.

Table des matières

Cadre de référence pour l'accueil collectif de jour parascolaire, y compris l'accueil d'urgence (enfants ayant atteint l'âge de la scolarité obligatoire) 5

1. Personnel d'encadrement	5
1.1 Directrice ou responsable chargée de la direction pédagogique.....	5
1.2 Taux d'encadrement éducatif des enfants accueillis	5
1.3 Dispositions particulières s'agissant des auxiliaires	7
1.4 Dispositions particulières s'agissant de l'exploitant non porteur d'un des titres requis	7
2. Sécurité, santé et hygiène.....	8
2.1 Conditions d'autorisation	8
2.2 Aménagements techniques.....	8
2.3 Sanitaires	9
2.4 Autres exigences relatives aux locaux	9
3. Exigences pédagogiques, éducatives et organisationnelles	10
3.1 Projet institutionnel.....	10
3.2 Projets pilotes.....	10
4. Dispositions transitoires	11
5. Entrée en vigueur.....	11

Référentiel de compétences pour la directrice d'un accueil collectif de jour préscolaire ou parascolaire (respectivement la responsable chargée de la direction pédagogique d'une telle institution)..... 12

1. Titres et expériences professionnels requis	12
1.1 Conditions pré-requises	12
1.2 Formation complémentaire spécifique.....	13
2. Compétences professionnelles exigées	13
3. Dispositions particulières.....	14
4. Dispositions transitoires	14
5. Entrée en vigueur.....	14

Référentiel de compétences pour le personnel d'encadrement d'un accueil collectif de jour parascolaire (enfants ayant atteint l'âge de la scolarité obligatoire)	15
1. Titres et qualifications du personnel éducatif d'encadrement.....	15
2. Dispositions transitoires	17
3. Entrée en vigueur.....	17
 Annexe 1 : Liste des mesures de sécurité pour les enfants	18
 Annexe 2 : Mesures techniques et organisationnelles exigées par l'Etablissement cantonal d'assurance contre l'incendie et les éléments naturels (ECA)	21

Cadre de référence pour l'accueil collectif de jour parascolaire, y compris l'accueil d'urgence

(enfants ayant atteint l'âge de la scolarité obligatoire¹)

Vu les articles 2,7, 10 à 14 de la loi du 20 juin 2006 sur l'accueil de jour des enfants (ci-après : LAJE), le Service de protection de la jeunesse (ci-après : SPJ) édicte la directive suivante, fixant les conditions d'octroi, par le SPJ, d'une autorisation d'exploiter :

1. PERSONNEL D'ENCADREMENT

1.1 Directrice ou responsable chargée de la direction pédagogique (ci-après : la directrice)

Pour la connaissance des enfants (et de leur famille), la supervision des activités faites avec eux et l'encadrement de l'équipe éducative, la directrice dispose d'un temps suffisant et assure à cet effet une présence régulière dans l'institution d'au moins 30% hors taux d'encadrement des enfants au sens du point 1.2 ci-dessous. Ce pourcentage doit augmenter en fonction de la taille de l'institution, de sa durée d'ouverture ou de son déploiement sur plusieurs sites.

L'organisation de sa suppléance est assurée.

La formation requise de la directrice est définie dans le référentiel de compétences.

1.2 Taux d'encadrement éducatif des enfants accueillis

a) Taux d'encadrement éducatif des enfants en âge du 1^{er} et du 2^{ème} cycle primaire (CYP)

Les enfants doivent être pris en charge, cas échéant pour chaque site de l'institution, selon un taux d'encadrement global (nombre de personnes, professionnelles et auxiliaires, encadrant les enfants) correspondant à :

- 1 professionnelle présente pour 1 à 12 enfants présents. Un autre adulte désigné par la directrice peut se rendre en tout temps et sans délai dans l'institution en cas d'urgence,
 - 1 professionnelle présente et 1 auxiliaire présente pour 13 à 24 enfants présents,
 - 1 professionnelle présente et 2 auxiliaires présentes pour 25 à 36 enfants présents,
 - 2 professionnelles présentes et 2 auxiliaires présentes pour 37 à 48 enfants présents,
 - 2 professionnelles présentes et 3 auxiliaires présentes pour 49 à 60 enfants présents,
- et ainsi de suite.

¹ Les directives concernant les enfants en âge de fréquenter le cycle initial (4-6 ans) figurent dans les directives pour l'accueil collectif de jour préscolaire.

En cas d'absence d'un membre de l'équipe éducative, la directrice prend les mesures nécessaires de remplacement pour garantir le taux d'encadrement éducatif défini ci-dessus.

b) *Taux d'encadrement éducatif des enfants en âge du cycle de transition (CYT)*

Les enfants doivent être pris en charge, cas échéant pour chaque site de l'institution, selon un taux d'encadrement éducatif global (professionnelles et auxiliaires) correspondant à :

- 1 professionnelle présente pour 1 à 15 enfants présents. Un autre adulte désigné par la directrice peut se rendre en tout temps et sans délai dans l'institution en cas de besoin,
- 1 professionnelle présente et 1 auxiliaire présente pour 16 à 30 enfants présents,
- 1 professionnelle présente et 2 auxiliaires présentes pour 31 à 45 enfants présents,
- 2 professionnelles présentes et 2 auxiliaires présentes pour 46 à 60 enfants présents,
- 2 professionnelles présentes et 3 auxiliaires présentes pour 61 à 75 enfants présents,

et ainsi de suite.

En cas d'absence d'un membre de l'équipe éducative, la directrice prend les mesures nécessaires de remplacement pour garantir le taux d'encadrement éducatif défini ci-dessus.

Les intervenants mineurs et les « apprenants »² ne comptent pas dans le taux d'encadrement. Toutefois, pour les remplacements d'une durée inférieure ou égale à 6 mois, les apprentis en dernière année de CFC et les stagiaires en dernière année ES ou HES peuvent être pris en compte dans le taux d'encadrement au titre d'auxiliaires. Au surplus, le référentiel de compétences pour le personnel d'encadrement d'une institution d'accueil collectif de jour parascolaire s'applique.

Si le poste de directrice comprend une part d'activité éducative auprès des enfants, cette part est comptée dans le taux d'encadrement global des enfants.

- c) Les titres professionnels reconnus (tertiaires et secondaire II), ainsi que la définition des auxiliaires sont fixées dans le référentiel de compétences pour l'accueil collectif de jour parascolaire édicté par le SPJ.
- d) Dans la détermination du taux d'encadrement éducatif, il est tenu compte de la part du temps de travail du personnel encadrant consacrée à d'autres activités éducatives que la prise en charge directe des enfants, qui ne peut être inférieure à 10%.

² On entend par « apprenants » les personnes en formation candidates au CFC ASE, au diplôme ES d'éducateur de l'enfance et au diplôme HES en travail social, à l'exception des personnes suivant ces formations tertiaires en cours d'emploi et des employés candidats à la qualification CFC selon l'article 32 de l'Ordonnance sur la formation professionnelle du 19 novembre 2003.

- e) La présence quotidienne auprès des enfants de chaque membre du personnel éducatif encadrant ne peut excéder 9 heures, pour autant que la qualité de l'activité professionnelle soit garantie.
- f) Dans la composition de l'équipe éducative d'encadrement, la directrice veille à une répartition judicieuse des différents niveaux de formation des professionnelles.

1.3 Dispositions particulières s'agissant des auxiliaires

Ponctuellement dans la journée, et notamment pour l'ouverture et la fermeture, l'encadrement éducatif peut être confié à une auxiliaire si le nombre d'enfants présents à ce moment est inférieur ou égal à 12, et si un autre adulte peut se rendre en tout temps et sans délai dans l'institution, en cas d'urgence.

1.4 Dispositions particulières s'agissant de l'exploitant non porteur d'un des titres requis

L'exploitant qui n'est pas au bénéfice d'un titre professionnel du tertiaire et d'une expérience de 4 ans selon le référentiel de compétences de la directrice d'un accueil collectif de jour préscolaire ou parascolaire ne peut assumer la fonction de directrice. L'exploitant qui n'est pas au bénéfice d'un titre professionnel du tertiaire ou du secondaire II selon le référentiel de compétences pour le personnel d'encadrement d'un accueil collectif de jour préscolaire ou parascolaire ne peut assumer ni la fonction d'éducateur, ni la fonction d'auxiliaire.

Des exceptions sont possibles dans le cadre des dispositions particulières selon le point 1.3 des cadres de référence pour l'accueil collectif de jour.

2. SÉCURITÉ, SANTÉ ET HYGIÈNE

2.1 Conditions d'autorisation

L'autorisation ne peut être délivrée que si :

- a) Toutes les mesures nécessaires à la sécurité des enfants, eu égard à leur âge, ont été prises, notamment sur la base de la liste donnée dans les annexes 1 et 2.
- b) Les normes applicables en matière d'hygiène, de denrées alimentaires, de cuisine collective et de prévention des incendies sont respectées, conformément à la législation en vigueur.
- c) Toute mesure utile a été prise pour éviter que les enfants accueillis ne souffrent de tabagisme passif.
- d) L'entretien du linge est assuré sans que l'encadrement des enfants et l'espace intérieur qui leur est dévolu n'en soit affecté.
- e) Des procédures efficaces en cas d'incendie et autres catastrophes naturelles, en cas d'accidents et de maladies, en cas de suspicions de mauvais traitements et en cas de plaintes de parents ont été prévues.

Les législations fédérale, cantonale et communale relatives notamment à l'utilisation des locaux d'habitation sont réservées.

Le SPJ peut en outre fixer, pour chaque institution, des mesures de sécurité rendues nécessaires par les circonstances, les lieux et la nature des locaux.

2.2 Aménagements techniques

L'autorisation ne peut être délivrée que si :

- a) L'espace, la lumière et les équipements sont jugés suffisants pour permettre aux enfants de se mouvoir aisément, aux parents d'être accueillis et au personnel de travailler.
- b) En principe et en particulier dans les institutions de plus de 48 places, le personnel bénéficie d'un espace qui lui est réservé.
- c) L'espace intérieur disponible pour l'accueil des enfants est d'au moins 2 m² par enfant, déduction faite des espaces de service (vestiaire, buanderie, sanitaires, lieux de passage, cave, etc...). De plus, des espaces de détente doivent être disponibles pour des activités ponctuelles.
- d) Chaque enfant présent bénéficie d'un espace de rangement individuel.
- e) La directrice peut disposer d'un espace fermé pour conduire les entretiens en toute confidentialité.

- f) Les locaux de l'institution sont équipés d'un téléphone fonctionnel et accessible en tout temps.
- g) Les institutions d'accueil collectif parascolaire **qui ne pratiquent pas l'accueil de midi** sont dotées au moins d'une installation permettant de chauffer des boissons, d'un frigo et d'un évier avec robinet d'eau chaude.

Les institutions d'accueil collectif parascolaire **qui pratiquent l'accueil de midi sans fournir de repas** disposent d'une installation permettant aux enfants accueillis de chauffer les aliments qu'ils apportent, d'un frigo et d'un évier avec robinet d'eau chaude.

Les institutions d'accueil collectif parascolaire **qui pratiquent l'accueil de midi en fournissant un repas** disposent d'une cuisine ou d'une installation permettant de préparer des repas chauds, de réchauffer des repas fournis par un tiers ou de mettre en place des repas livrés chauds. L'installation doit également disposer d'un équipement pour le nettoyage et le rangement de la vaisselle.

2.3 Sanitaires

L'autorisation ne peut être délivrée que si le lieu d'accueil comporte au moins :

- 1 WC et 1 lavabo jusqu'à 15 enfants, puis 1 WC et 1 lavabo pour chaque dizaine d'enfants supplémentaire,
- 1 WC et un lavabo réservés aux adultes, si l'institution a une capacité d'accueil de 25 enfants ou plus.

Est réservée la législation en matière de protection des travailleurs et d'élimination des inégalités frappant les personnes handicapées.

2.4 Autres exigences relatives aux locaux

Les locaux doivent être dotés d'un espace extérieur privé ou se situer à proximité d'un espace extérieur public.

- **Par espace extérieur privé**, on entend : jardin, balcon, ou cour intérieure jouxtant les locaux de l'institution ou intégrée dans celle-ci, permettant aux enfants d'évoluer en sécurité.
- **Par espace extérieur public à proximité**, on entend : jardin, parc ou tout espace public situé à proximité immédiate des locaux de l'institution et dans lesquels les enfants peuvent évoluer librement et sans danger.

3. EXIGENCES PÉDAGOGIQUES, ÉDUCATIVES ET ORGANISATIONNELLES

3.1 Projet institutionnel

L'autorisation ne peut être délivrée que si l'institution présente un projet institutionnel comprenant et déclinant les aspects suivants :

- a) **Pédagogiques et éducatifs** : valeurs, objectifs, méthodes et activités avec les enfants, place des parents.
- b) **Organisationnel** : statut de l'institution, organigramme, prestations offertes, règlement définissant les droits et obligations respectifs et réciproques des enfants, de leurs parents, de l'institution et de son personnel, âge et nombre maximum des enfants accueillis, encadrement éducatif et autre personnel, calendrier et horaire, listes des enfants et coordonnées des parents.
- c) **Infrastructures** : locaux et surfaces intérieurs et extérieurs, ainsi que leur aménagement et équipement, et la gestion des flux de personnes (départs et arrivées).
- d) **Economique et viabilité financière** : budget d'équipement, budget d'exploitation annuelle et planification financière sur 3 ans, assurance RC couvrant les dommages non susceptibles d'être pris en charge par une assurance obligatoire.

Le SPJ évalue le projet institutionnel sur la base d'une grille de critères remise aux demandeurs.

3.2 Projets pilotes

Le SPJ peut accorder des dérogations exceptionnelles à la présente directive pour des projets particuliers mettant en œuvre de nouvelles formes d'accueil collectif parascolaire. Le SPJ conduit une évaluation du projet au plus tard un an avant l'échéance de l'autorisation. Il examine notamment la possibilité d'intégrer cette nouvelle forme d'accueil aux règles usuelles de la présente directive.

4. DISPOSITIONS TRANSITOIRES

Les autorisations délivrées à un exploitant et à une directrice avant l'entrée en vigueur de la présente directive demeurent valables jusqu'à l'échéance figurant sur l'autorisation, mais au plus tard jusqu'au 30 juin 2010.

Toute modification d'une autorisation délivrée sous l'ancien régime est en principe soumise à la présente directive. Le SPJ peut accorder des dérogations ponctuelles jusqu'au 30 juin 2010.

S'agissant du régime de surveillance appliqué aux institutions au bénéfice d'une autorisation délivrée sous l'ancien régime, les conditions du présent cadre de référence, dans le cas où elles sont plus favorables, peuvent s'appliquer.

En matière de locaux, des exceptions peuvent être acceptées par le SPJ pour les institutions créées avant l'entrée en vigueur de la LAJE. En cas d'octroi d'une mesure d'exception, un délai est fixé pour la mise en conformité des anciens bâtiments.

5. ENTRÉE EN VIGUEUR

La présente directive a été adoptée par le chef du SPJ le 09.01.2008. Elle annule celle du 10.11.2006 et entre en vigueur le 01.02.2008.

Référentiel de compétences pour la directrice d'un accueil collectif de jour préscolaire ou parascolaire

(respectivement la responsable chargée de la direction pédagogique d'une telle institution)

Vu les articles 15 al. 1b et 16 al. 1 de l'Ordonnance fédérale du 19 octobre 1977 réglant le placement d'enfants à des fins d'entretien et en vue d'adoption (ci-après : OPEE),

Vu les articles 2, 7, 10 à 14 de la loi du 20 juin 2006 sur l'accueil de jour des enfants (ci-après : LAJE),

Le Service de protection de la jeunesse édicte la directive suivante :

1. TITRES ET EXPÉRIENCES PROFESSIONNELS REQUIS

1.1 Conditions pré-requises

Pour accéder à la fonction de directrice, une personne doit satisfaire aux deux conditions pré-requises portant sur les titres et l'expérience professionnels suivants :

Titres professionnels pré-requis

Diplôme tertiaire exigé du personnel éducatif d'encadrement selon les référentiels de compétences édictés par le SPJ pour l'accueil collectif préscolaire et parascolaire.

De plus, les titulaires d'un CFC d'assistant socio-éducatif auront accès à la fonction de directrice selon des conditions qui seront précisées ultérieurement en fonction des formations complémentaires qui seront mises en œuvre dans le cadre de la législation fédérale en matière de formation professionnelle pour le domaine concerné.

Toutefois, le CFC d'assistant socio-éducatif est déjà suffisant comme titre professionnel pré-requis pour la fonction de directrice si l'institution relève des catégories définies dans les dispositions particulières mentionnées au point 1.3 a) et b) du cadre de référence pour l'accueil préscolaire ou si l'institution offre un accueil parascolaire de moins de 16 places.

Expérience professionnelle pré-requis

Etre au bénéfice d'une expérience professionnelle éducative dans le domaine de l'enfance d'au moins 4 ans après l'obtention du titre pré-requis.

1.2 Formation complémentaire spécifique

La directrice doit commencer une formation spécifique reconnue par le SPJ au cours des deux premières années de son activité au sein de l'institution autorisée et la réussir dans les cinq années suivant son entrée en fonction.

Toutefois, une telle formation complémentaire spécifique n'est pas exigée de la directrice d'une institution d'accueil préscolaire relevant des dispositions particulières du point 1.3 du cadre de référence pour l'accueil préscolaire ou d'une institution parascolaire accueillant moins de 16 enfants.

2. COMPÉTENCES PROFESSIONNELLES EXIGÉES

En sus des titres et expériences mentionnés sous point 1.1 ci-dessus, la directrice d'une institution d'accueil collectif préscolaire ou parascolaire développera les compétences suivantes, notamment par l'accomplissement de la formation complémentaire spécifique :

- capacité à élaborer, mettre en œuvre et évaluer un projet pédagogique institutionnel,
- capacité d'organisation du personnel, des lieux et activités pour appliquer le projet pédagogique,
- maîtrise des techniques d'entretien,
- capacité à présenter le projet pédagogique aux parents et à le défendre auprès de l'exploitant,
- connaissance du réseau social de la région,
- aptitudes de direction et gestion en ressources humaines (capacité à gérer une équipe éducative et le personnel en général), en particulier en ce qui concerne l'intégration des différents intervenants et leur adhésion au projet pédagogique de l'institution,
- aptitudes à diriger et gérer l'institution sur les plans administratif et financier, s'il n'y a pas d'administrateur responsable de ces tâches.

Les personnes remplissant les conditions pré-requises mentionnées sous point 1.1 et étant de plus au bénéfice d'une formation reconnue pour la direction d'une institution sociale sont réputées avoir ces compétences.

3. DISPOSITIONS PARTICULIÈRES

1. Toute personne au bénéfice d'une habilitation à diriger un lieu d'accueil collectif de jour, délivrée par le SPJ conformément au régime en vigueur jusqu'à l'entrée en vigueur de la LAJE, est réputée avoir l'autorisation, sans réserve ni limite de temps, de diriger le lieu d'accueil dont elle est déjà la directrice conformément à l'autorisation d'exploiter. Cette disposition particulière s'applique aussi si la personne habilitée est appelée à prendre la direction d'une autre institution du même type.
2. Une personne ayant le statut d'auxiliaire peut être autorisée par le SPJ à diriger une institution relevant des catégories c) et d) du point 1.3 du cadre de référence pour l'accueil préscolaire.

4. DISPOSITIONS TRANSITOIRES

Les directrices au bénéfice d'une autorisation délivrée par le SPJ sous l'ancien régime, mais n'étant pas titulaires d'un des titres pré-requis mentionnés sous point 1.1, sont réputées satisfaire aux nouvelles conditions sans devoir accomplir de formation complémentaire spécifique. Toutefois, cette formation spécifique est vivement recommandée.

5. ENTRÉE EN VIGUEUR

La présente directive a été adoptée par le chef du SPJ le 09.01.2008. Elle annule celle du 10.11.2006 et entre en vigueur le 01.02.2008.

Référentiel de compétences pour le personnel d'encadrement d'un accueil collectif de jour parascolaire

(enfants ayant atteint l'âge de la scolarité obligatoire)

Vu les articles 2, 7, 10 à 14 de la loi du 20 juin 2006 sur l'accueil de jour des enfants (ci-après : LAJE), le Service de protection de la jeunesse (ci-après : SPJ) édicte la directive suivante :

1. TITRES ET QUALIFICATIONS DU PERSONNEL ÉDUCATIF D'ENCADREMENT

PERSONNEL PROFESSIONNEL (personnel encadrant au bénéfice d'un titre professionnel reconnu dans le domaine de l'enfance)		PERSONNEL AUXILIAIRE (personnel encadrant n'étant pas au bénéfice d'un titre professionnel reconnu dans le domaine de l'enfance)
diplômées du tertiaire	diplômées du secondaire II	profil du personnel auxiliaire
<ul style="list-style-type: none"> diplômées d'une école supérieure (ES), domaine d'études « social et formation des adultes », dans les filières « éducation de l'enfance ou éducation spécialisée » (art.1, al. 2, litt f. et annexe 6 de l'art. 1 de l'OES) <p>ou</p> <ul style="list-style-type: none"> diplômées d'une haute école spécialisée (HES), dans la filière de formation « travail social » (art. 1 al. 1 litt. h LHES et annexe 1 de l'art. 1 de l'OHES) <p>ou</p> <ul style="list-style-type: none"> bénéficiaires d'une décision de reconnaissance d'un titre étranger comme valant les titres ci-dessus, conformément à l'art. 69 OFPr <p>ou</p> <ul style="list-style-type: none"> titulaires d'anciens diplômes d'éducatrice de l'enfance ou d'éducatrice spécialisée reconnus par l'autorité cantonale compétente ou la CDIP 	<ul style="list-style-type: none"> titulaires du CFC d'assistant socio-éducatif, (art. 23 et 27 de l'Ordonnance sur la formation initiale CFC ASE) <p>ou</p> <ul style="list-style-type: none"> bénéficiaires d'une reconnaissance d'un titre étranger comme valant le titre ci-dessus, conformément à l'art. 69 OFPr <p>ou</p> <ul style="list-style-type: none"> bénéficiaires d'une reconnaissance d'équivalence au CFC ci-dessus (art. 27, al. 2 et 3 de l'Ordonnance sur la formation initiale CFC ASE) 	<ul style="list-style-type: none"> accomplir la première année de formation en cours d'emploi dans une HES, filière de formation « travail social » <p>ou</p> <ul style="list-style-type: none"> accomplir la première année de formation en cours d'emploi dans une ES, domaine d'études « social et formation des adultes », dans les filières « éducation de l'enfance ou éducation spécialisée » au sens de l'art. 3 al. 2 litt. b de l'OES <p>ou</p> <ul style="list-style-type: none"> être au bénéfice d'un titre professionnel ou académique dans un domaine voisin de l'éducation de l'enfance et d'une expérience éducative

Suite à la page 16/21

PERSONNEL PROFESSIONNEL (personnel encadrant au bénéfice d'un titre professionnel reconnu dans le domaine de l'enfance)		PERSONNEL AUXILIAIRE (personnel encadrant n'étant pas au bénéfice d'un titre professionnel reconnu dans le domaine de l'enfance)
diplômées du tertiaire	diplômées du secondaire II	profil du personnel auxiliaire
<p>ou</p> <ul style="list-style-type: none"> pour des enfants de plus de 4 ans, titulaires d'un diplôme pour l'enseignement public préscolaire ou primaire reconnu par l'autorité cantonale compétente ou la Conférence des directeurs de l'instruction publique (CDIP) 	<p>ou</p> <ul style="list-style-type: none"> accomplir la 2^{ème}, 3^{ème} ou 4^{ème} année de formation en cours d'emploi dans une HES, filière de formation « travail social » <p>ou</p> <ul style="list-style-type: none"> accomplir la 2^{ème} ou 3^{ème} année d'une formation en cours d'emploi dans une ES, domaine social, filière de l'éducation de l'enfance ou de l'éducation sociale au sens de l'art. 3 al. 2 litt. b de l'OES <p>ou</p> <ul style="list-style-type: none"> personne bénéficiant d'une décision de l'OFFT l'intégrant dans un processus de complément de formation ou de pratique professionnelle en vue de l'obtention d'une équivalence au diplôme ES ou HES prononcée par l'OFFT <p>ou, à titre transitoire :</p> <ul style="list-style-type: none"> personne accomplissant la formation complémentaire du CEFOC pour les professionnels de l'enfance, ceci jusqu'en mai 2009 (programme SPJ de régularisation) 	<p>ou</p> <ul style="list-style-type: none"> être âgé de 20 ans révolus et au bénéfice d'une expérience éducative attestée auprès d'enfants ou d'une expérience parentale

Les personnes ayant obtenu un titre requis figurant ci-dessus et accomplissant par la suite une deuxième formation, restent évidemment considérées comme titulaires du premier titre obtenu.

2. DISPOSITIONS TRANSITOIRES

1. Les personnes au bénéfice d'une classification 1 ou 2 selon l'ancien régime de reconnaissance des diplômes du SPJ sont réputées satisfaire aux présentes exigences en matière d'encadrement par du personnel porteur d'un titre tertiaire.
2. Les personnes au bénéfice d'une habilitation à diriger une institution d'accueil collective selon l'ancien régime de reconnaissance des diplômes du SPJ sont réputées satisfaire aux présentes exigences en matière d'encadrement par du personnel porteur d'un titre tertiaire.
3. Les personnes au bénéfice d'une classe 3 - recyclage et d'une habilitation à exercer une fonction éducative, selon l'ancien régime de reconnaissance des diplômes du SPJ, sont réputées satisfaire aux présentes exigences en matière d'encadrement par du personnel porteur du titre du secondaire II (CFC ASE).
4. Les personnes au bénéfice d'une formation correspondant au niveau classe 3 - recyclage sans habilitation à exercer une fonction éducative, selon l'ancien régime de reconnaissance des diplômes du SPJ, sont réputées satisfaire aux présentes exigences requises en matière de personnel d'encadrement auxiliaire.
5. Les personnes n'étant pas au bénéfice d'une classe 3 - recyclage, mais d'une habilitation simple à exercer une fonction éducative ou d'une dérogation, selon l'ancien régime de reconnaissance des diplômes du SPJ, sont réputées satisfaire aux présentes exigences requises en matière de personnel d'encadrement auxiliaire.
6. Les adultes employés dans des institutions d'accueil parascolaire avant l'entrée en vigueur de la LAJE, et qui sont engagés dans un processus de formation CFC ASE accéléré (art. 3, al. 3 de Ordonnance sur la formation initiale CFC ASE) ou candidats à l'examen CFC ASE selon l'article 32 OFPr, sont réputés satisfaire jusqu'au 31 décembre 2010 aux présentes exigences requises en matière de personnel d'encadrement du secondaire II. Au-delà du 31 décembre 2010, si elles n'ont pas obtenu leur CFC ASE elles ne pourront avoir que le statut de personnel auxiliaire.

3. ENTRÉE EN VIGUEUR

La présente directive a été adoptée par le chef du SPJ le 09.01.2008. Elle annule celle du 10.11.2006 et entre en vigueur le 01.02.2008.

Abréviations :

LHES : Loi fédérale sur les hautes écoles spécialisée du 6 octobre 1995 (RS 414.71)

OHES : Ordonnance du DFE concernant les filières d'études, les études post-grades et les titres dans les hautes écoles spécialisées du 2 septembre 2005 (RS 414.712)

OES : Ordonnance du DFE du 11 mars 2005 concernant les conditions minimales de reconnaissance des filières de formation et des études post-diplômes des écoles supérieures (RS 412.101.61)

OFPr : Ordonnance du 19 novembre 2003 sur la formation professionnelle (RS 412.101)

Ordonnance sur la formation initiale CFC ASE : Ordonnance du 16 juin 2005 sur la formation professionnelle initiale d'assistante socio-éducative / assistant socio-éducatif (RS 412.101.220.14)

Annexe 1

Liste des mesures de sécurité pour les enfants

Concerne	Mesures	Valable pour	
		Institution préscolaire	Institution parascolaire
Portes-fenêtres ou fenêtres basses	Nouvelles constructions : doivent être en verre sécurisé. Anciennes constructions : protéger la partie inférieure de la fenêtre (barrette de sécurité en bois, plexiglas ou autre) sur une hauteur de 100 cm à partir du sol.	X	X
Fenêtres (éclairage naturel)	Fenêtres inclinables ou pouvant être entrouvertes avec une retenue de sécurité afin d'éviter des blessures aux enfants (angles vifs des fenêtres) ou chutes à l'extérieur. Tout espace habitable doit être éclairé par une ou plusieurs surface(s) vitrée(s) qui ne devrai(en)t pas être inférieure(s) au 1/10 ^{ème} de la superficie du plancher et de 1m ² au minimum.	X	X
Porte d'entrée	La poignée doit être hors de portée des enfants (150 cm) ou installer un dispositif (bouton tournant ou autre) empêchant les enfants de pouvoir sortir seuls.	X	
Angles vifs (meubles, radiateurs ou autres)	Mettre des protections sur les angles vifs dangereux pour les enfants.	X	
Cuisinière	Mettre une protection devant la cuisinière (boutons et plaques) ou la débrancher si elle n'est pas utilisée.	X	
Accès à protéger	Prendre des mesures pour empêcher l'accès des enfants à des endroits dangereux (cuisine, escaliers, etc), par exemple avec des portillons de sécurité.	X	X
WC	Installer un système évitant aux enfants de pouvoir s'enfermer : serrure à clé carrée ou suspendre la clé hors de portée des enfants.	X	
Table à langer	Les tables à langer doivent être conçues de manière à prévenir le risque de chute.	X	
Médicaments, produits caustiques, détergents	Doivent être entreposés dans un endroit fermé à clé et conditionnés séparément (boîtes hermétiques).	X	X
Equipements et mobilier	Doivent être adaptés à l'âge et à la taille des enfants.	X	

Concerne	Mesures	Valable pour	
		Institution préscolaire	Institution parascolaire
Sols	Privilégier les sols recouverts par du parquet, du lino, du novylon ..., en lieu et place de la moquette pour des questions d'hygiène, d'acariens et d'allergies.	X	X
Aération	Bonne aération (si l'aération s'effectue par un système de ventilation mécanique, celui-ci doit être conforme aux normes en vigueur et régulièrement entretenu).	X	X
Téléphone	Le téléphone doit être fonctionnel et accessible en tout temps.	X	X
Prises électriques	Protéger toutes les prises électriques par des cache-prises, même si l'installation est FI. Pour les nouvelles constructions sécuriser l'installation électrique par un FI.	X	
Main-courante (escaliers)	Escaliers : à partir de 5 marches, une main courante doit être posée à une hauteur minimale de 90 cm.	X	X
Barrières, clôtures ou parapets	Doivent avoir une hauteur minimale de 100 cm. Supprimer les pointes dans les parties supérieures. Ne pas disposer des bacs à plantes, caisses ou mobilier près des barrières.	X	X
Barreaux de barrières ou clôtures	Les éléments doivent être verticaux (interdisant leur escalade). Les espaces ou ouvertures ne doivent pas excéder 10 cm ; sinon les sécuriser en apposant une protection (treillis, plexiglas, plaque acrylique, tôle perforée ou autre).	X	
	Les éléments doivent être verticaux (interdisant leur escalade). Les espaces ou ouvertures ne doivent pas excéder 12 cm ; sinon les sécuriser en apposant une protection (treillis, plexiglas, plaque acrylique, tôle perforée ou autre).		X
Espace extérieur	Doit être délimité et clôturé à une hauteur minimale de 100 cm.	X	

Concerne	Mesures	Valable pour	
		Institution préscolaire	Institution parascolaire
Jeux de plein air	Un revêtement tendre (caoutchouc, plaque anti-chocs, copeaux de bois ou similaire) doit être mis sous les jeux de plein-air (toboggans, balançoires ou autres). Renoncer aux bordures dans la zone de jeux. Au surplus, s'inspirer des conseils BPA.	X	X
Plantations	Eviter les plantes toxiques.	X	X
Bassins, pièces d'eau, étangs - biotopes	Inadaptés pour des institutions d'accueil collectif préscolaire.	X	
	Limiter la profondeur de l'eau à 20 cm au maximum, sinon poser un grillage métallique, mailles serrées au-dessus de la surface de l'eau.		X
Autorisation d'exploiter	L'autorisation d'exploiter doit être affichée en évidence dans l'institution.	X	X

Références :

- Bureau suisse de prévention des accidents (BPA, www.bpa.ch)
- Société suisse des ingénieurs et des architectes (SIA)
- Règlement d'application de la loi du 4.12.85 sur l'aménagement du territoire et les constructions (RATC)

Au surplus le document : « Prévention et promotion de la santé des enfants et du personnel en accueil de jour » (à paraître en 2008) comprend des recommandations utiles du Chimiste cantonal, du Service de protection de la jeunesse et du Service de la santé publique.

Annexe 2

Mesures techniques et organisationnelles exigées par l'Etablissement cantonal d'assurance contre l'incendie et les éléments naturels (ECA)

Concerne	Mesures techniques et organisationnelles
Extincteur / poste incendie	Selon la directive AEAI / ECA : « Défense incendie intérieure » disponible sur le site : www.eca-vaud.ch => Prévenir => Espace constructeur => Mesures techniques => Poste incendie ou auprès du Service de protection de la jeunesse, Office de surveillance des structures d'accueil de mineurs (021 316 53 43).
Armoire incendie	Poser un pictogramme normalisé sur l'armoire où se trouve l'extincteur / poste incendie.
Moyens défense incendie	Tous les moyens de défense incendie doivent être placés visiblement ou signalés par des pictogrammes.
Sorties de secours	Poser un panneau phosphorescent « Sortie de secours », lettres blanches sur fond vert, au-dessus des portes de sorties. Pour les institutions d'accueil collectif de jour préscolaire et parascolaire ouvertes matin, midi et après-midi : panneaux lumineux.
Consignes feu	Afficher visiblement les consignes FEU à chaque étage.
Ferme-portes	Installer un ferme-porte sur les portes donnant dans les cages d'escalier ou couloirs servant de voie de fuite.
Exercices d'alarme et d'évacuation	Lors de chaque occupation des locaux par de nouveaux participants mais au minimum annuellement : exercer l'alarme et l'évacuation et définir un lieu de rassemblement. Consigner ces exercices dans un carnet ad hoc.
Eclairage de sécurité	Doit être contrôlé chaque semestre et consigné dans un carnet.
Portes	Les portes sur les voies d'évacuation doivent s'ouvrir dans le sens de fuite et être ouvrables en tout temps sans moyens auxiliaires.